Landkreis
Pfaffenhofen a.d.Ilm

Pfaffenhofen a.d.Ilm, 22.02.2011

Niederschrift

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses öffentlicher Teil

am Montag, den 21.06.2010 um 14:30 Uhr
im großen Sitzungssaal des Landratsamts Pfaffenhofen (Rentamt)

Anwesend sind:

stellv. Landrat

Westner, Anton
Rothmeier, Franz

CSU

Bachhuber, Gabriele

FW

Jung, Claudia

GRÜNE/ÖDP

Haiplik, Reinhard

Erf. Pers. i.d. Jugendwohlfahrt

Fink, Günter
Kraus, Heidi

Jugendwohlfahrt

Hermann, Artur

Jugendverbände

Konrad, Eberhard
Lönhard, Günther

Jugendamt (Beratendes Mitglied)

Payer, Herbert

Agentur für Arbeit (Beratendes Mitglied)

Allramseder, Johann

Erziehungsberatung (Beratendes Mitglied)

Kotulla, Markus

Gleichstellungsbeauftrage (Beratendes Mitglied)

Vockrodt, Michaela — Vetretung für Frau Lindner-Kumpf

Polizei (Beratendes Mitglied)

Brenner, Robert

Kath. Kirche (Beratendes Mitglied)

Faulhaber, Frank Stadtpfarrer

Evang. Kirche (Beratendes Mitlgied)

Baldeweg, Michael Pfarrer

Verwaltung

Förster, Kurt
Kothmeier, Monika
Reisinger, Walter
Rottler, Angela — Vertretung für Herrn Karl Huber

-
Saam, Norbert

Entschuldigt fehlen:

Richter (Beratendes Mitglied)

Hellerbrand, Christoph

Schulen/Schulverwaltung (Beratendes Mitglied)

Schwärzer, Vitus

Gleichstellungsbeauftrage (Beratendes Mitglied)

Lindner-Kumpf, Andrea — entschuldigt

Verwaltung

Grusdat, Heinz — entschuldigt
Huber, Karl — entschuldigt

Herr stellvertretender Landrat Anton Westner eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist. Mit der Tagesordnung besteht Einverständnis. Herr stellvertretender Landrat Anton Westner begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Mitarbeiter der Gesellschaft zur Förderung sozialer und beruflicher Integration (gfi) aus Ingolstadt sowie Herrn Saam vom Caritasverband Pfaffenhofen.

Tagesordnung

1. Familienbildung im Landkreis - Sachstand und Planung

2. Antrag der Volksschule Reichertshofen auf Jugendsozialarbeit an Schulen

3. Projekt "Übergang Schule - Beruf" - Bericht

4. Projekt "IAA - Initiative Ausbildung für Alle im Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm"
   - Antrag des Fraktionssprechers der Kreistagsfraktion Bündnis 90 - Die Grünen, AUL und ödp vom 10.05.2010 - Bericht

5. Suchtprävention - Antrag von Prop e. V.

6. Kooperationsvereinbarung zwischen dem Bezirk Oberbayern und den oberbayerischen Jugendämtern - Beitritt

7. Entwicklung Jugendhilfehaushalt

8. Bekanntgaben, Anfragen

Top 1 Familienbildung im Landkreis - Sachstand und Planung

Sachverhalt/Begründung

Frau Staatsministerin Christine Haderthauer und Herr Staatssekretär Markus Sackmann im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen haben mitgeteilt, dass es ein elementares Anliegen ist, Kindern und Eltern in Bayern vom ersten Tag an die Rahmenbedingungen und die Unterstützungen zu bieten, die sie brauchen. Alle Familien – nicht nur sogenannte Problemfamilien – haben Fragen zur Erziehung und sollen daher Angebote zur Verfügung haben, die sie so frühzeitig wie möglich in ihrer Erziehungsverantwortung unterstützen. So gut Eltern es heute machen wollen, so verunsichert sind sie oftmals. Familien brauchen transparente, bedarfsorientierte Angebote der Eltern- und Familienbildung vor Ort.

Die Spitze des Ministeriums unterstreicht, dass Eltern- und Familienbildung in der Bayerischen Familienpolitik neben Familienleistungen und der Kinderbetreuung ganz oben auf der Agenda steht. Daher ist es Aufgabe der Verantwortlichen im Bereich Jugendhilfe Erziehungskompetenz von Anfang an zu fördern. Starke Eltern haben starke Kinder.
Der Bayerische Landtag hat mit seinem Beschlusspaket zur „Frühkindlichen Bildung und Erziehung“ im Jahre 2007 die Weiterentwicklung der Familienbildung ganz entscheidend vorangebracht. Ein grundlegender Auftrag war dabei die Schaffung eines Gesamtkonzeptes zur Eltern- und Familienbildung.

Das Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb) hat im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen ein Gesamtkonzept zur Weiterentwicklung der Eltern- und Familienbildung in Bayern erarbeitet. Dieses liegt nun in komprimierter Form eines Leitfadens vor.

Mit diesem Leitfaden zur Familienbildung sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe vor Ort, aber auch Anbieter und Einrichtungen der Eltern- und Familienbildung, ein qualitatives Konzept in die Hand bekommen um

- die Eltern- und Familienbildung bedarfsgerecht auszugestalten
- sie an den Bedürfnissen und Interessen der Eltern auszurichten und
- dabei die Pluralität der Träger zu wahren.

Der Kreisjugendpfleger Manfred Liesaus wird einmal aufzeigen, welche Angebote der Eltern- und Familienbildung im Landkreis Pfaffenhofen bereits vorhanden sind und welche Überlegungen zum weiteren Ausbau dieser Angebote derzeit bestehen. Der Jugendhilfeausschuss sollte im Zuge seiner Kompetenzen bekräftigen, dass die Eltern- und Familienbildung ein wichtiges Anliegen ist.

Herr Liesaus stellt den Leitfaden und den derzeitigen Stand der Bemühungen zur Familienbildung im Landkreis Pfaffenhofen anhand der vorliegenden Power-Point-Präsentation vor.

Von Seiten des Jugendhilfeausschusses bestehen hierzu keine weiteren Fragen und Anregungen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss bekräftigt, dass ihm die Eltern- und Familienbildung im Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm ein wichtiges Anliegen ist. Die Chance des Gesamtkonzeptes für die Eltern- und Familienbildung vor Ort soll genutzt werden, damit junge Menschen und Familien Ver-

antwortung in der Partnerschaft übernehmen und die spannende und fordernde Aufgabe, Familie verantwortlich zu gestalten, gut erfüllen können.

Anwesend:	9
Abstimmung:	
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0

Top 2 Antrag der Volksschule Reichertshofen auf Jugendsozialarbeit an Schulen

Sachverhalt/Begründung

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung vom 21.04.2008 eine Prioritätenliste für Jugendsozialarbeit an Schulen erstellt. Damals waren die Gemeinden, die Schulleitungen und das Staatliche Schulamt in den Entscheidungsprozess eingebunden. Für die Volksschule Reichertshofen wurde kein Bedarf für Jugendsozialarbeit an Schulen gestellt. Es wurde weder von den zuständigen Gemeinden, noch von der damaligen Schulleitung, noch vom Staatlichen Schulamt eine Priorität für die Hauptschule Reichertshofen gesehen.

Die neue Schulleitung hat nun die Installation von Jugendsozialarbeit an Schulen an der Volksschule Reichertshofen beantragt und dies mit Schreiben vom 16.03.2010 begründet.

Gemäß der beigefügten Übersicht wurden verschiedene sozialräumliche Indikatoren aus dem Einzugsgebiet der Schule festgestellt. Von den neun sozialräumlichen Indikatoren sind fünf besser als der Landkreisschnitt, ein Indikator ist gleich und drei Indikatoren sind geringfügig schlechter als der Landkreisschnitt. Beim aktuellen Schulbesuch wurden die verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schüler festgestellt und die Anzahl als gering eingestuft.

Mit dem Schulverbandsvorsitzenden und dem Leiter des Staatlichen Schulamtes wurde Kontakt aufgenommen und die Situation besprochen. Insgesamt ist festzustellen, dass nach Einschätzung der Verwaltung die Einstufung der Volksschule Reichertshofen als JaS-Standort nicht befürwortet werden kann.

Von Seiten des Jugendhilfeausschusses bestehen keine weiteren Fragen oder andere Meinungen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss lehnt den Antrag auf Einrichtung von Jugendsozialarbeit an Schulen an der Volksschule Reichertshofen ab. Die zukünftige Schulorganisation ist jedoch im Auge zu behalten und der Antrag dann ggf. erneut aufzugreifen.

Anwesend:	9
Abstimmung:	
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0

Top 3 Projekt "Übergang Schule - Beruf" - Bericht

Sachverhalt/Begründung

Dieses Projekt hat der Jugendhilfeausschuss im letzten Jahr an die Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration (gfi) gGmbH vergeben (Kosten des Projektes: ca. 100.000 €/Jahr). Finanziert wird das Projekt vom Landkreis und einer 50 %igen Co-Finanzierung durch die Agentur für Arbeit. Das Angebot gibt es an zehn Hauptschulen (Ausnahme Hauptschule Wolnzach, dort gibt es ein eigenes Projekt).

Eine wesentliche Veränderung in diesem Jahr ist, dass die VBO auch einen praktischen Teil anbietet, sofern dies von den Schulen gewünscht wurde. Einzelheiten zu diesem Projekt in den einzelnen Schulen werden von Frau Karin Timm und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Projektes anhand einer Power-Point-Präsentation vorgestellt.

Die VBO hat sich als notwendiges Angebot herausgestellt. Durch dieses Angebot finden mehr Schulabgänger in eine Ausbildung, die in eine beständige und sinnvolle Zukunft führt. Der im letzten Jahr beschlossene Zeitraum bis 2012 sollte weiter Gültigkeit haben. Laut Auskunft der Agentur für Arbeit in Ingolstadt wird die Förderung auch im nächsten Jahr im bisherigen Umfang möglich sein.

Herr Allramseder kann dies auf Nachfrage zum jetzigen Zeitpunkt nicht bestätigen. Es ist noch nicht absehbar, welche Mittel zur Verfügung stehen werden. Der Landkreis Pfaffenhofen soll die Förderung bei der Agentur für Arbeit erneut beantragen.

Beschluss:

Die vertiefte Berufsorientierung soll auch im kommenden Schuljahr fortgeführt werden. Entsprechende Mittel sind in den Haushalt aufzunehmen. Bei der Agentur für Arbeit ist wiederum eine Co-Finanzierung zu beantragen.

Anwesend:	9
Abstimmung:	
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0

Top 4 Projekt "IAA - Initiative Ausbildung für Alle im Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm" - Antrag des Fraktionssprechers der Kreistagsfraktion Bündnis 90 - Die Grünen, AUL und ödp vom 10.05.2010 - Bericht

Sachverhalt/Begründung

Mit Schreiben vom 10.05.2010 stellte der Fraktionssprecher der Kreistagsfraktion Bündnis 90 – Die Grünen, AUL, ödp, Herr Günter Böhm, hinsichtlich Umsetzung, Stand und weiteren Planungen für das Projekt IAA eine Anfrage an den Landrat.

Die Anfrage wurde wie folgt beantwortet:

Das Projekt IAA ist auf 3 Jahre angelegt und für den gesamten Zeitraum mit ca. 300.000 € brutto kalkuliert.

Die Mittel sind im Jugendhilfehaushalt eingeplant und zwar im Haushaltsjahr 2010 mit einem Betrag von 100.000 €.

Mit dem beauftragten Träger finden regelmäßig Gespräche statt, um überprüfen zu können, in wie weit Fortschritte zu verzeichnen sind.

Die Zahl der betreuten jungen Menschen schwankte im bisherigen Projektzeitraum zwischen 22 und 16. Ende April 2010 waren 16 Personen in dem Projekt. Eine Teilnehmerin befindet sich in Ausbildung, vier Teilnehmer haben Zusagen zur Ausbildung, sechs weitere Teilnehmer absolvieren Praktikas, ein Teilnehmer macht einen Intensivsprachkurs, ein Teilnehmer hat eine Zusage für EQ-J, drei Teilnehmer erhalten Förderung, damit überhaupt an eine Ausbildung zu denken ist.

Zur Betreuung der Teilnehmer sind 1,5 Fachkräfte im Einsatz.

Im Zeitraum Oktober 2009 bis April 2010 sind Kosten in Höhe von 50.721 € angefallen, davon sind 43.000 € durch Spenden gedeckt.

In geeigneten Fällen erfolgt eine Zusammenarbeit/Abstimmung mit der Berufsberatung. Ich muss allerdings feststellen, dass alle Teilnehmer an diesem Projekt bei anderen Angeboten der Arbeitsagentur oder ARGE herausgefallen sind.
Diese jungen Leute können mit den herkömmlichen Angeboten nicht erreicht werden. Es kann deshalb auch nicht von unkoordinierten Doppelstrukturen gesprochen werden. Es stellt sich nur die Frage, lassen wir diese jungen Menschen durch die Netze fallen oder versuchen wir mit diesem Projekt doch noch den Einen oder Anderen auf den Weg in das Berufsleben zu bringen.

Herr Westner teilt mit, dass die Zuwendungen zur Weiterführung des Projekts bereits beantragt wurden und stellt das Thema im Jugendhilfeausschuss zur Diskussion.

Frau Bachhuber merkt an, dass ihrer Meinung nach das Projekt auf alle Fälle weitergeführt werden soll. In Einzelfällen stellt sich jedoch die Frage, ob diese jungen Leute überhaupt in eine Ausbildung vermittelt werden wollen.

Herr Westner erläutert, dass die Jugendlichen, die nur eine Verweigerungshaltung zeigen, früher oder später aus dem Projekt ausscheiden. Solange allerdings eine Chance besteht, sollen sie gefördert werden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen zu dem Projekt IAA (Initiative Ausbildung für Alle) zur Kenntnis und vertritt weiterhin die Meinung, dass das Projekt fortgeführt werden soll.

Anwesend:	9
Abstimmung:	
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0

Top 5 Suchtprävention - Antrag von Prop e. V.

Sachverhalt/Begründung

Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung vom 20.07.2009 für die Online-Beratung einen Betrag in Höhe von 3.200 € zur Verfügung gestellt. Dieses Angebot wird durch die Mitarbeiter der Suchtberatungsstelle Pfaffenhofen seit Ende 2007 jeweils von Montag bis Freitag betrieben. Die Online-Beratung findet auf der Plattform des lokalen Netzwerkes „Pafnet“ statt. Das Pafnet erlebt eine sehr weitreichende Nutzung als Informations- und Kommunikationsmedium im Landkreis und hier speziell bei der jüngeren Generation. Mit der Möglichkeit nahezu anonym, mittels eines sogenannten Nick-Names und elektronisch Rat, Hilfe und Orientierung zu suchen, wird ein hohes Maß an niedrigschwelliger Zugangsmöglichkeit für die jugendliche Zielgruppe erreicht.
Dies lässt sich einerseits in der Offenheit erkennen, mit der Probleme geschildert werden. Andererseits wird eine Zielgruppe erreicht, die sich sonst kaum einen Termin zum persönlichen Gespräch in den Räumen einer Suchtberatungsstelle nehmen würde. Bei einem ausgesprochen geringen Anteil unseriöser Anfragen zeigt die hohe Zahl beantworteter E-Mails (ca. 1.300 im Jahr 2009) den hohen Wirkungsgrad des Angebotes.

Nach den Ausführungen von Prop e. V. kann nach den Erfahrungen der letzten zweieinhalb Jahre davon ausgegangen werden, dass eine tägliche Bearbeitungszeit von 1,5 Stunden für dieses Angebot notwendig ist. Hinzu kommen gelegentliche Besuche an Schulen, um sich einerseits persönlich vorzustellen und andererseits über das Angebot zu informieren. Hinzu kommen Materialkosten sowie Fortbildungs- und Supervisionskosten für die beratenden MitarbeiterInnen. Somit ergibt sich ein Gesamtkostenumfang von ca. 11.500 bis 12.250 € pro Jahr. Aufgrund der veränderten wirtschaftlichen Situation des Vereins ist Prop e. V. dringend auf finanzielle Unterstützung zur Aufrechterhaltung dieses Angebots angewiesen. Das Angebot hat sich etabliert und wird deutlich genutzt. Mit seinem suchtspezifischen und jugendorientierten Fokus ist es derzeit das einzige Angebot dieser Art im gesamten Landkreis. Zusätzlich sollen in nächster Zeit Selbsttests für die Bereiche Alkoholkonsum, Kiffen oder Computergebrauch online gestellt werden. Von Seiten der Verwaltung wird vorgeschlagen, Prop e. V. in den nächsten drei Jahren mit einem Betrag von jährlich 3.000 € zu unterstützen. Damit sind sämtliche Kosten dieses Angebots für den Landkreis abgegolten.

Von Seiten des Jugendhilfeausschusses bestehen keine weiteren Fragen und Anmerkungen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss befürwortetet die von der Verwaltung vorgeschlagene Förderung der Online-Beratung von Prop e. V. und stellt dazu für die nächsten drei Jahre jeweils 3.000 € je Haushaltsjahr zur Verfügung. Bei den anderen Präventionsangeboten von Prop e. V. bleibt es bei der bisherigen Regelung.

Anwesend:	9
Abstimmung:	
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0

Top 6 Kooperationsvereinbarung zwischen dem Bezirk Oberbayern und den oberbayerischen Jugendämtern - Beitritt

Sachverhalt/Begründung

Seit 1995 gibt es unterschiedliche Zuständigkeiten für die verschiedenen Behinderungsarten. Für die geistige und körperliche Behinderung liegt die Zuständigkeit beim Sozialhilfeträger und bei den seelischen Behinderungen bei der Jugendhilfe. Dies führt seit Anfang an zu erheblichen Auslegungsproblemen. Die Verfahren bedeuten einen erheblichen Verwaltungsaufwand bis hin zu diversen Rechtsstreitigkeiten vor den Verwaltungsgerichten. Im letzten Jahr mussten wir einen Rechtsstreit gegen den Bezirk führen, für einen mittlerweile über 21 Jahre alten, geistig behinderten jungen Menschen. Durch die Eröffnung der Außenstelle des Bezirks Oberbayern in Ingolstadt wurden auch sämtliche Akten von München nach Ingolstadt abgegeben. Wenn die Sachbearbeiter in den Akten nun etwas über erzieherische Defizite oder seelische Behinderung gelesen haben, so wurden uns die Akten zur weiteren Bearbeitung übersandt. Von Seiten der Jugendhilfe wurden diese Fälle nicht als Jugendhilfefälle eingestuft.

Gespräche zwischen Vertretern der Jugendhilfe und des Bezirks Oberbayern haben schließlich zu der beiliegenden Kooperationsvereinbarung geführt. Dadurch sollen diese Zuständigkeitsstreitigkeiten verringert werden. Für bestimmte Problemlagen wird die Zuständigkeit der Sozialhilfe festgelegt und für andere die Zuständigkeit der Jugendhilfe.

Die Vereinbarung soll von allen oberbayerischen Landkreisen und kreisfreien Städten angewendet werden. Die Verwaltung begrüßt ausdrücklich den Beitritt zur Kooperationsvereinbarung.

Herr Payer erläutert, dass mit der vorliegenden Vereinbarung gewisse Eckpunkte festgezurrt werden sollen, um strittige Fälle, wie z.B. ab welchem IQ von einer geistigen Behinderung auszugehen ist, zu reduzieren.

Von Seiten des Jugendhilfeausschusses bestehen keine Fragen und Anmerkungen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss befürwortet den Beitritt zur Kooperationsvereinbarung im Rahmen der Eingliederungshilfe zur Klärung der sachlichen Zuständigkeit zwischen dem Bezirk Oberbayern und den Landkreisen und kreisfreien Städten in Oberbayern.

Anwesend:	9
Abstimmung:	
Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0

Top 7 Entwicklung Jugendhilfehaushalt

Herr Payer erläutert anhand der vorliegenden Power-Point-Präsentation die Einnahmen und Ausgaben der Jugendhilfe im Landkreis Pfaffenhofen für den Zeitraum Januar bis Mai 2010. Ausgegeben wurden bisher ca. 40 % des Haushaltsansatzes. Falls weiterhin keine unvorhergesehenen Ausgaben anfallen, werden sich diese am Jahresende voraussichtlich im Rahmen des Haushaltsansatzes bewegen.

Top 8 Bekanntgaben, Anfragen

Herr Payer weist darauf hin, dass die Feier, für die in der Jugendarbeit ehrenamtlich Tätigen alle zwei Jahre stattfindet. Der nächste Termin wurde auf den 17.11.2010 in der Niederscheyerer Mehrzweckhalle festgelegt. Die Einladungen hierzu werden erst noch versandt.

Herr Westner bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Die Sitzung endet um 15:55 Uhr.

Stellvertretender Landrat
Anton Westner

Protokoll: Monika Kothmeier